

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

**zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. November 1982 zur Außenpolitik,
zum Ergebnis der USA-Reise, zur Zukunft des Atlantischen Bündnisses
und zu Europafragen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die folgenden Initiativen zum Bestandteil des Programms der am 1. Januar 1983 beginnenden deutschen Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft zu machen und sie während der Dauer ihrer Präsidentschaft zu regeln:

1. Die Politik der europäischen Einigung bedarf eines neuen politischen Anstoßes in Richtung auf das Ziel der Europäischen Union. Die deutsche Präsidentschaft verstärkt ihre Bemühungen um den Abschluß der Arbeiten an der deutsch/italienischen Initiative und setzt sich für die Verabschiedung der Europäischen Akte im Europäischen Rat noch im ersten Halbjahr 1983 ein.
2. Beinahe 11 Mio. Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft sind sozial, wirtschaftlich und politisch unvertretbar. Nur eine gemeinschaftlich abgestimmte Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik aller Mitgliedstaaten kann dieses Problem dauerhaft lösen. Die deutsche Präsidentschaft unternimmt erneute und verstärkte Anstrengungen für eine Konvergenz der Europäischen Wirtschaftspolitik.
3. Für die dauerhafte Überwindung der Arbeitslosigkeit ist die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Europas unerlässlich. Die deutsche Präsidentschaft unternimmt besondere Anstrengungen zum Abbau der noch bestehenden Handelshemmnisse und zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes.
4. Die deutsche Präsidentschaft unternimmt geeignete Schritte, um einen Interessenausgleich auf Gemeinschaftsebene mit den Vereinigten Staaten von Amerika in allen offenen Fragen herbeizuführen. Die Erarbeitung dieses Interessenausgleichs muß auch auf der parlamentarischen Ebene vorangetrieben werden.

5. Die deutsche EG-Präsidentschaft wird gemeinsam mit den anderen EG-Mitgliedsländern auf koordinierte Maßnahmen im Bereich der grenzüberschreitenden Umweltprobleme (z. B. bei Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Lärm- und Abgasverringerung bei Kraftfahrzeugen, Umweltverträglichkeitsprüfung, Abfallwirtschaft) unter Zugrundelegung der jeweils strengsten nationalen Gesetzgebung hinwirken.
6. Die Sicherheit Europas ist eine Existenzfrage. Die deutsche Präsidentschaft lädt gemäß dem „Londoner Bericht“ vom Oktober 1981 die Außenminister der Mitgliedstaaten zu einer ersten Sitzung über außenpolitisch relevante Sicherheitsfragen ein.
7. Die deutsche Präsidentschaft erklärt, daß für sie das bei der Agrarpreisfestsetzung 1982 angewandte Abstimmungsverfahren im Rat auch für die Zukunft verbindlich ist und daß sie es als einen geeigneten Schritt ansieht, das vertragsgemäße Prinzip der Mehrheitsentscheidungen als normale Regel anzuwenden.
8. Die deutsche Präsidentschaft fordert die Kommission auf, geeignete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaft zu machen. Der Beitritt Spaniens und Portugals, die Diskussion über den britischen Beitrag und die Kommissionsvorschläge zur Reform der Gemeinschaftspolitik (Mandat vom 30. Mai) sowie die Vorschläge des Europäischen Parlaments sind dabei zu berücksichtigen.
9. Die deutsche Präsidentschaft setzt die Beratung des europäischen Wahlrechts für die nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments im Rat zügig fort und fordert den Rat auf, den Vorschlag des Europäischen Parlaments anzunehmen.
10. Europa muß wieder mehr als bisher ins Bewußtsein unserer Bürger gebracht werden durch ganz konkrete Schritte. Die deutsche Präsidentschaft wird sich einsetzen für mehr Abbau der Grenzkontrollen, für eine Intensivierung der Kulturbeziehungen und für eine Verbesserung und Verstärkung des Jugendaustauschs.
11. Die deutsche Präsidentschaft verstärkt die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten.

Bonn, den 23. November 1982

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Mischnick und Fraktion